



Antrag von DIE LINKE.Main-Taunus-Kreis

KT/2022/273/19.WP

ausgegeben am:
23.11.2022

Betr.: Evaluation der Schulsozialarbeit im Main-Taunus-Kreis

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Schul-, Kultur-, Sport- und Jugendausschuss sowie dem Gesundheits-, Sozial- und Integrationsausschuss im ersten Halbjahr 2023 einen Bericht über den Ist-Stand der Schulsozialarbeit (Umfang, Träger, Einsatz von Personal im Rahmen von Klassen und Gruppenprojekten und bei Krisenintervention in der Einzelfallberatung von SchülerInnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften) in den Schulen des Kreises vorzulegen und bei einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse vorzustellen.

1. Dabei soll insbesondere dargestellt werden

- wie sich die Kriterien für die Einrichtung und Fortführung der Schulsozialarbeit seit der Festlegung im Jahr 2007 verändert haben
- wie sich die Schulsozialarbeit an den einzelnen Schulformen aufgrund veränderter gesellschaftlicher Bedingungen definiert
- wie die jeweiligen Angebote der Träger an den Schulen erarbeitet und evaluiert werden
- ob und wie die Bedingungen für zukünftige gelingende Arbeit verändert werden müssen.

2. Zu dieser Sitzung sollen Menschen eingeladen werden die in der Schulsozialarbeit im Kreis tätig sind und über dem Gremium darüber berichten und Fragen beantworten.

Begründung:

Seit 1994 hatte der Kreis als Jugendhilfe- und Schulträger Angebote der Schulsozialarbeit an 13 Schulen eingerichtet, teilweise mit finanzieller Beteiligung der jeweiligen Kommunen. Daraufhin hat der Kreistag im Jahr 2007 Kriterien für den

weiteren Ausbau von Schulsozialarbeit beschlossen (Drucksache IIa Nr. 65 vom 02.11.2007). Der Kreis finanziert inzwischen die Angebote, die von verschiedenen Trägern durchgeführt werden.

Im Laufe der vergangenen 15 Jahre wurde die Schulsozialarbeit auf viele weitere Schulen ausgeweitet. Auswertungen über die Erfolge, die Bedingungen, Herausforderungen der Schulsozialarbeit wurden den Abgeordneten des Kreistags seitdem nicht zur Kenntnis gebracht.

Um notwendige Weichenstellungen für die Weiterentwicklung dieses Angebotes zu schaffen, ist die Vorlage dieses Berichtes und die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse sinnvoll und notwendig.

gez.
Dr. Barbara Grassel

gez.
Beate Ullrich-Graf

gez.
Thomas Völker